

Rüstungspolitik : zur Frage von Inland- oder Auslandbeschaffung

Autor(en): **Loretan, Willy**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **158 (1992)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-61797>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rüstungspolitik: zur Frage von Inland- oder Auslandbeschaffung

Von Ständerat
Dr. Willy Loretan (Zofingen)

Die Frage, ob vom militärischen Standpunkt her notwendige Rüstungsgüter – Waffen, Geräte, Fahrzeuge – im Inland oder im Ausland zu beschaffen seien, hat nicht nur in der Schweiz immer wieder zu reden gegeben, ja gelegentlich heftige Kontroversen ausgelöst. Es gibt gute Gründe für die Annahme, wonach der sich aus dem Zusammenbruch des Sozialismus und der Auflösung des sowjetischen Reiches ergebende militärpolitische Umbruch in Europa die Frage nach der Zweckmässigkeit der Beschaffung im Inland neu und verschärft stellt und stellen wird. Es drängt sich daher auf, nach seriösem Abwägen der verschiedenen Aspekte und Interessen entsprechende Grundsätze und Regeln aufzustellen und ihnen über längere Zeit dann auch nachzuleben.



Veränderte Rahmenbedingungen

Die Lage hat sich in sicherheitspolitisch-strategischer Sicht bekanntlich in dem Sinn verändert, dass eine bis vor wenigen Jahren überaus ernste, aber potentielle Bedrohung einem Zustand entscheidend verminderter Bedrohung, zugleich aber grosser Instabilität und ausgeprägter Ungewissheit mit Bezug auf die künftige Entwicklung Platz gemacht hat. Einfach gesagt: Eine vierzig Jahre lang zementierte Konfrontation ist gerade in Europa – sie bedeutete ein beträchtliches Mass an Berechenbarkeit der Entwicklung – wohl verschwunden, aber nicht von Sicherheit und Friede abgelöst worden. Das stellt zunächst die Verantwortlichen in Politik und insbesondere Sicherheitspolitik und Armee vor das dornenvolle Problem, sich erst langfristig auswirkende Entscheidungen – bezüglich Umfang und Struktur der Streitkräfte sowie deren

Rüstung – treffen zu müssen, ohne über auch nur einigermaßen solide Anhaltspunkte zu verfügen, wie die Lage in drei, fünf oder zehn Jahren aussehen wird. Das Problem stellt sich für unsere europäischen Nachbarn grundsätzlich nicht anders als für die Schweiz.

Wie wird auf dieses Dilemma reagiert? Generell lässt sich sagen, dass man bei der NATO – wie auch in der Schweiz – den Truppenumfang reduziert und die Modernisierung der Rüstung verlangsamt, somit die Militärausgaben einfriert beziehungsweise abbaut. Das heisst umgekehrt aber auch, dass man die Armeen nicht abschafft und auf die Erneuerung ihrer Rüstung nicht verzichtet. Wer die Fachpublikationen aufschlägt, stellt fest, dass neue Panzerfahrzeuge, Artilleriewaffen, Kampfflugzeuge, Helikopter, weitere Waffen und Fahrzeuge entwickelt und bereitgestellt werden, oder dass bereits entwickeltes und eingeführtes Material kampfwertgesteigert wird, und das nicht nur im Westen!

Rüstungspolitik bei verringertem Bereitschaft und reduziertem Truppenumfang

Mir scheint, dass die Frage nach Inland- oder Auslandbeschaffung vor diesem Hintergrund zu stellen und zu beantworten ist. Die Antwort fällt der Schweiz, richtig besehen, leichter als anderen Ländern, insbesondere etwa England und Frankreich. Denn unsere inländische Basis für Rüstungsentwicklung und -produktion ist längst beträchtlich geschrumpft. Die Eigenentwicklung von Kampfflugzeugen wurde nach der Preisgabe des P-16 – die vermeidbar gewesen wäre – ein für allemal eingestellt, diejenige von Kampfpanzern nach dem Panzer 68 beendet; bloss um den Lizenznachbau des in Deutschland erworbenen Leopard 2 zu ermöglichen, bedurfte es einer heftigen politischen Auseinandersetzung; ob ein Nachfolgemodell für den in grosser Zahl eingeführten, aus den fünfziger Jahren stammenden Schützenpanzer M-113 in der Schweiz beschafft werden wird, ist offen, obgleich gerade auf diesem Gebiet einheimische Möglichkeiten unzweifelhaft bestehen. Ein beachtliches Potential gibt es ferner bei der Kanonen-Fliegerabwehr, bezüglich Feuerleitgeräte und Übermittlungsmittel. Aber «riesige» Rüstungskomplexe, die den Staat schon aus Arbeitsplatzsicherungsgründen in seiner Wahl be-

stimmter Rüstungsgüter einschränken würden, gibt es hierzulande nicht. Das heisst nun aber keineswegs, dass es angezeigt wäre, die einheimische Rüstungsproduktion einfach an den Nagel zu hängen, bloss weil das weniger Umstellungen erforderte als in anderen Ländern. Vielmehr legen gerade beschränkte finanzielle Mittel für die Armee im allgemeinen und für die Rüstung im besonderen die wohlbedachte Nutzung inländischer Möglichkeiten nahe.

Primat des militärischen Bedürfnisses, aber Ausnutzung der eigenen Kapazitäten

Wenn bescheidenere Mittel für die Rüstungsbeschaffung zur Verfügung stehen, wird es besonders wichtig, einen optimalen wirtschaftlichen Nutzen zu erzielen. Diesem Grundsatz wird mittlerweile weltweit nachgelebt. Kaum ein grösseres Projekt wird in industrialisierten Staaten mehr verwirklicht, ohne dass die einheimische Industrie und Wirtschaft im allgemeinen beteiligt würde. Ist die vollständige Lizenzfertigung eines komplexen Systems nicht zweckmässig oder nicht möglich, so verlangt der industrialisierte Abnehmerstaat in aller Regel indirekte Beteiligungen oder Kompensationen. Die Schweiz wie auch Finnland verfahren zum Beispiel so bei der Beschaffung des Kampfflugzeuges F/A-18. Vom Rüstungsfranken

soll möglichst viel im eigenen Land bleiben oder in dieses zurückfliessen.

Ist solches Vorgehen wohl im Prinzip wenig bestritten, so wird die Zweckmässigkeit der Inlandbeschaffung jedenfalls bei uns oft dann angefochten, wenn es um schweizerische Eigenentwicklungen geht. Das ist nicht neu, und die Argumente sind es auch nicht. Häufig werden in diesen Fällen die geringeren Stückkosten des ausländischen Konkurrenzproduktes – dank dessen tatsächlichen oder behaupteten grösseren Serien – als entscheidendes Kriterium herangezogen. Indessen gilt es, etwas grundsätzlicher und auf weitere Sicht zu überlegen.

Erstes und massgebendes Kriterium bei der Wahl einer Waffe, eines Gerätes oder eines Fahrzeugs für die Armee ist klarerweise die militärische Tauglichkeit. Rüstungsgüter werden mit dem Blick auf eine militärische Verwendung beschafft und nicht zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung. Dann kommt der Preis. Der Preis muss aber richtig definiert werden. Nur die in Franken zu erlegende Summe in Betracht ziehen, hiesse oberflächlich und kurzsichtig urteilen. Zu berücksichtigen sind Aspekte wie Know-how-Gewinn beziehungsweise -Erhaltung, langfristige Unterhaltskosten, Kampfwertsteigerungs- beziehungsweise Modernisierungspotential, Arbeitsplatzsicherung und Nebeneffekte wie Exportmöglichkeiten. Dem letzteren Aspekt wird im Ausland viel bedenkenloser, ja gelegentlich schamlos Rechnung getragen.

Wir beschaffen in der Schweiz gewiss nicht Waffen, Fahrzeuge und Geräte im Inland, um den Export eigener Produkte zu erleichtern. Aber die entsprechenden Möglichkeiten müssen in eine differenzierte Gesamtrechnung einbezogen werden.

Pinzgauer-Nachfolger als aktuelles Beispiel

Gerade jetzt bietet sich die Gelegenheit, rationale Prinzipien der Rüstungspolitik unter den bekannten veränderten militärpolitischen Voraussetzungen neu zu verankern und zu befolgen. Das schweizerische Modell eines Nachfolgers für den Geländelieferwagen Pinzgauer, den wir seinerzeit in Österreich erwarben, wurde – nicht zuletzt im Gefolge parlamentarischer Vorstösse – im Auftrag des EMD entwickelt. Ob dieses Modell, der DURO von Bucher-Guyer, oder das gewissermassen in letzter Stunde als Alternative in die Evaluation einbezogene Daimler-Benz-Produkt, der neue Unimog, gewählt wird, sollte nach den oben skizzierten Kriterien entschieden werden. Genügt das schweizerische Produkt den militärischen Anforderungen und ist der Preis – der umfassend definierte Preis – annähernd gleich, so sollte dem einheimischen Produkt der Vorzug gegeben werden, bei uns wie in jedem anderen Land. ■



Schweizerische Gesellschaft für militärhistorische Studienreisen

Mitte Dezember erscheint das neue GMS-Reiseprogramm 1993. Es enthält 7 eintägige Exkursionen ins In- und Ausland sowie 12 mehrtägige Reisen auf diverse historische Kriegsschauplätze Europas. Alle Reisen werden unter kundiger Führung auf der Basis ausführlicher Dokumentationen durchgeführt. Neben den militärgeschichtlichen Gesichtspunkten kommen auch die kulturellen und geographischen Aspekte voll zur Geltung.

Machen Sie mit!

Verlangen Sie kostenlos und unverbindlich das GMS-Reiseprogramm 1993!

Bestellschein

Ich ersuche um die kostenlose und unverbindliche Zustellung des neuen GMS-Reiseprogramms 1993.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Bitte einsenden an:

**Sekretariat GMS,
Postfach 590,
8021 Zürich,
Telefon 01 461 05 04**